



DSTG *informiert*

DAS STEUER-

Jahrgang 2014

Nr. 4

UND GROLLBLATT



© Torbz - Fotolia.com

**Wirksame Methode gegen
Steuerhinterziehung?**



Die Bank im dbb vorsorgewerk

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Jetzt informieren:
www.bezuegekonto.de oder
www.dbb-vorsorgewerk.de



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

die öffentliche Diskussion in den Medien über die aktuellen Fälle von Steuerhinterziehung hat in der politischen Ebene ein Nachdenken über eine Verschärfung der Rahmenbedingungen für Selbstanzeigen ausgelöst. Die Überlegungen beseitigen jedoch nicht das Problem der Steuerhinterziehung an sich. Eine Erhöhung von Strafzahlungen führt zwar im Nachhinein zu einem zusätzlichen Geldzufluss beim Staat, nicht aber zu einer Einschränkung oder gar Beseitigung der kriminellen Energie, die zur Steuerhinterziehung führt. Die diskutierte Begrenzung der strafbefreienden Wirkung auf sogenannte Bagatellfälle würde vermutlich bedeuten, dass nur noch eine Minderheit von Steuerhinterziehern zur



Detlef Dames

Möglichkeit einer Selbstanzeige greifen würde. Gleichwohl hält die DSTG dies für den richtigen Weg, um die Abschreckungswirkung der Strafen bei Steuerhinterziehung etwas zu erhöhen.

Allerdings würde dem Fiskus bei diesem Modell Geld verloren gehen. Jedenfalls dann, wenn nicht die Politik gleichzeitig auf den Gedanken kommt, das Übel an der Wurzel anzupacken - und potentielle Steuerhinterzieher stärker abzuschrecken, Steuern überhaupt erst zu hinterziehen. Ein probates Mittel wäre eine erhebliche Personalverstärkung der Finanzämter und damit die Erhöhung des Entdeckungsrisikos für die Straftäter um ein Vielfaches. Dieses würde aber bedeuten, die Finanzämter endlich mit dem Personal auszustatten, welches ihnen nach der Personalbedarfsberechnung zusteht. Ein zehnprozentiger Abschlag – wie er in den zurückliegenden Jahren vom jeweiligen Finanzsenator in Berlin immer vorgenommen wurde – muss dann als ein Relikt politischer Fehlentwicklungen endgültig ad acta gelegt werden.

Personalentwicklung und Personalverstärkung müssen ab sofort oberste Priorität für politisches Handeln haben. Die derzeit nach den Laufbahnprüfungen vorgenommenen Einstellungen reichen jedenfalls nicht aus, um die Personalabgänge auszugleichen, und schon gar nicht, um zusätzlichen Personalbedarf zu decken.

Die Anwärterzahlen im mittleren als auch im gehobenen Dienst müssen von 150 auf mindestens jeweils 200 erhöht werden. Für diese Nachwuchsgewinnung muss früher mit Ausschreibungen auf den Ausbildungsmarkt gegangen und die Attraktivität des Ausbildungsberufes durch Besoldungserhöhungen – die Berlin gegenüber den anderen Bundesländern und dem Bund wieder konkurrenzfähig machen würden – gesteigert werden. Eine Übernahmegarantie für alle Anwärter/innen, die die Laufbahnprüfung bestehen, muss her und zwar in ein Beamtenverhältnis. Die Finanzämter müssen in die Lage versetzt werden, eine qualitativ gute praktische Ausbildung den Anwärterinnen und Anwärtern bieten zu können. Hierzu sind in jedem Ausbildungsamt mindestens zwei Ausbildungsplätze notwendig - verbunden mit einer zusätzlichen Stellenzuweisung von 4 Stellen für jedes Finanzamt zur Verstärkung des Ausbildungsbereiches. Insgesamt würde dies zu einer Stellenanmeldung von ca. 100 zusätzlichen Stellen führen müssen.

In unseren Gesprächen mit den Vertretern der Fraktionen im Abgeordnetenhaus haben wir diese Maßnahmen für eine schon überfällige Personalverstärkung eingefordert und durchweg Zustimmung erfahren - mit Ausnahme der SPD-Fraktion, die sich bislang nicht einmal gesprächsbereit gezeigt hat.

Wir – die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - werden aber am Ball bleiben und weiterhin alle unsere Möglichkeiten nutzen, um politisches Handeln zu beeinflussen und in sinnvolle Bahnen zu lenken.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

DSTG KRITISIERT NACHWUCHSGEWINNING UND EINSTELLUNGSGESPRÄCHE

Der DSTG-Landesverband Berlin kritisiert seit Jahren die Ausbildungssituation in der Berliner Steuerverwaltung. Die jährlichen Einstellungsquoten reichen nach wie vor nicht aus, um die jährlichen altersbedingten Abgänge in den Berliner Finanzämtern zu kompensieren.

Die DSTG will nicht verkennen, dass einerseits durch die jahrelange blockierende Besoldungspolitik des Berliner Senats die Attraktivität des Berliner öffentlichen Dienstes verloren gegangen ist und deswegen viele Schulabgänger den Start in eine Beamtenausbildung in anderen Bundesländern oder bei in Berlin ansässigen Bundesbehörden vorziehen.

Andererseits wird das Berufsbild des Berliner Steuerbeamten durch die Senatsverwaltung für Finanzen immer noch nicht hinreichend öffentlich werbewirksam präsentiert.

Es fehlt nach wie vor an einem durchschlagenden Konzept für eine erfolgreiche Werbung, die gezielt für beide Laufbahnen prädestinierte Berliner Bewerberinnen und Bewerber erreicht. Die DSTG hat mehrfach den Vorschlag unterbreitet, die Berliner Schulen gezielt durch bereitwillige Kolleginnen und Kollegen aus den Finanzämtern anzusprechen, um damit frühzeitig ein mögliches Interesse bei den Schülern zu wecken.

Die DSTG beanstandet auch die zu späte Veröffentlichung der jährlichen Ausschreibung. Bundesbehörden und auch landeseigene Betriebe haben bereits ihre Auswahl getroffen, während die Senatsverwaltung gerade mit den Einstellungstests beginnt.

Wiederholte Versuche, mit professioneller Hilfe Einstellungstests und Einstellungsgespräche zu optimieren, gehen allerdings ins Leere, wenn wie in den letzten Jahren für die Laufbahn des ehemaligen mittleren Dienstes die geeigneten Bewerbungen unter der Einstellungsquote liegen.

Für den DSTG-Landesverband Berlin entsteht der Eindruck, dass in der Spitze der Senatsverwaltung für Finanzen die Ausbildung nicht wertgeschätzt wird.

Wie ist es ansonsten zu verstehen, dass das zuständige Referat in engen Büroräumen ohne geeigneten Besprechungsraum Bewerber/-innen empfangen und Beratungen durchführen muss? Eine vertrauliche Gesprächsatmosphäre ist so unmöglich, Bewerber/-innen erhalten hingegen aber einen ersten und bleibenden Eindruck.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat inzwischen mit professioneller Hilfe die inhaltliche Durchführung der Einstellungstest und Einstellungsgespräche optimiert. Zu einem guten Einstellungsgespräch gehört aber auch ein Sitzungsraum, in dem ungestört von anderen Einflüssen eine angenehme Gesprächsatmosphäre entstehen kann. Dies muss doch auch in der Senatsverwaltung endlich möglich sein.

Wann erkennen endlich die Verantwortlichen in der Senatsverwaltung für Finanzen, dass die Ausbildung des Nachwuchses in der Berliner Steuerverwaltung für die Funktionsfähigkeit der Berliner Finanzämter einen hohen Stellenwert hat?

DBB BERLIN MIT NEUER INTERNET-ADRESSE

Ab sofort sind die aktuellen Informationen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin unter der neuen Internet-Adresse

www.dbb.berlin

zu finden.



BEAMTENPENSIONEN: DBB KRITISIERT "MEINUNSMACHE"

Auf scharfe Kritik ist die aktuelle Berichterstattung der „Bild“-Zeitung zum Thema Beamtenpensionen (Ausgabe vom 31. März 2014) beim dbb beamtenbund und tarifunion gestoßen. In einem Brief an den verantwortlichen Redakteur äußert Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, sein Befremden über dessen Kommentar und Berichterstattung unter der Überschrift „Beamtenpensionen steigen 22-mal so stark wie Renten“ und „Geld wächst nicht auf Bäumen!“ Der dbb-Vize legt dar, dass die dort getroffenen Aussagen im Ergebnis nicht zutreffen und eine tendenziöse und bewusst wahrheitsverzerrende Wirkung entfalten.

„Die für ein einziges Jahr herausgegriffene (Vergleichs-)Gruppe der Ruhegehaltsempfänger des Bundes umfasst 5,3 Prozent (!) der deutschen Beamtinnen und Beamten im Ruhestand. Deren Bruttobezüge haben sich in den vergangenen 20 Jahren nicht wesentlich besser entwickelt als die Renten (1993 - 2013: VersorgungsempfängerInnen Bund + 32 Prozent/ RentnerInnen + 26 Prozent); die Entwicklung bei den Versorgungsempfängern der Länder ist dagegen überwiegend schlechter. Darüber hinaus sind die vorgenommenen Bruttovergleiche generell nicht aussagekräftig, da die Beamtenversorgung nahezu vollumfänglich versteuert wird, während die Renten für sich genommen überwiegend steuerfrei ausgezahlt werden. Neben den Steuern vermindern sich bei Ruhegehaltsempfängern des Bundes die auszahlenden Bezüge um die Beiträge zur beihilfekonformen Kranken- und Pflegeversicherung sowie um einen separaten Abzug für Pflegeleistungen. Bei Berücksichtigung allein dieser Umstände kann von einer plakativen, 22-mal so starken Entwicklung der Ruhegehälter gegenüber den Renten, welche zudem auch auf Laufbahngruppenverlagerungen innerhalb der Bestands der Versorgungsempfänger beruht, nicht die Rede sein. Dies bestätigt auch ein Prüfbericht des Bundesministeriums des Innern aus dem Jahr 2012 zur Entwicklung der Ruhegehälter im Vergleich zu den Renten und stellt einen relativen Gleichklang beider Alterssicherungssysteme seit dem Jahr 2003 fest“, schreibt Benra.

Noch deutlicher formuliert Benra in punkto Kommentar der „Bild“, der „bewusst und gewollt auf eine ungerechtfertigte Beeinflussung der Leserinnen und Leser“ ziele und damit eine Meinungsbildung bewirke, „die sich gegen die deutsche Beamtenschaft und die Institution des Berufsbeamtentums zu richten vermag und die ohnehin vorhandenen Vorurteile noch verstärkt. Dies wird meines Erachtens den Maßstäben an einen verantwortungsvollen Journalismus keinesfalls gerecht, verunglimpft zuvörderst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und ist am Ende geeignet,



Hans-Ulrich Benra

einen Keil in die deutsche Gesellschaft zu treiben und sozialen Unfrieden zu säen“, so der dbb-Vize. Nicht minder kritikwürdig sei es, dass die Berufsgruppe der heutigen Pensionärinnen und Pensionäre ins Abseits gestellt und dabei völlig unerwähnt gelassen werde, „welche Leistungen diese Kolleginnen und Kollegen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland oder auch der Herstellung der Einheit Deutschlands 1990 erbracht haben. Wäre Ihre Vorgehensweise der Skandalisierung maßstabsbildend für die künftige Auseinandersetzung um berechnete Ansprüche der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland, hätten wir demnächst nicht nur mehr soziale Rücksichtslosigkeit und Kälte, sondern auch ein inakzeptables Maß an Respektlosigkeit gegenüber jeder Gruppe von Menschen, die sich von der großen Masse in irgendeinem Punkt unterscheiden. Die Folgen für die weitere gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland wären verheerend“, heißt es in dem Schreiben Benras.



Wetten, wir sind günstiger?!

50 € sind Ihnen sicher

50,- € Gutschein von
amazon.de sichern

Wir wetten, dass Sie bei einem Wechsel von mindestens drei Versicherungen, z.B. Ihrer Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung, zur HUK-COBURG mindestens 50 € im Jahr sparen.

Verlieren wir die Wette, erhalten Sie einen Einkaufsgutschein von Amazon.de im Wert von 50 €, ohne weitere Verpflichtung.

Rufen Sie an und vereinbaren Sie einen Vergleichstermin! Die Wette gilt bis zum 31.12.2014.*

Geschäftsstelle Berlin

Telefon 030 21302-411
Telefax 030 21302-282
Marburger Straße 10
10789 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr
Fr. 8.00–16.00 Uhr

Die Adressen unserer Vertrauensleute und Kundendienstbüros finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter »HUK-COBURG«

* Teilnahmebedingungen unter
www.huk.de/checkwette



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

GESPRÄCH MIT DER LINKSFRAKTION

Am 1. April 2014 hatte eine Delegation der DSTG Berlin die Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Udo Wolf, ein Gespräch zu führen. Neben der Situation der Finanzverwaltung im Allgemeinen wurden mehrere Themen intensiver behandelt.

Einleitend wurde der weiterhin geplante Umzug des Finanzamts für Fahndung und Strafsachen (FA FuSt) thematisiert. Dabei machten die DSTG'ler den Gesprächspartnern deutlich, wie wenig der angedachte neue Sitz im ehemaligen Rathaus Friedenau für die Belange des FA FuSt geeignet ist. Dass auch die Regierungsfractionen hier Nachbesserungsbedarf sehen, wurde dadurch deutlich, dass kurz zuvor die Vorlage zur Anmietung des ehemaligen Rathauses Friedenau von der Tagesordnung des Hauptausschusses genommen wurde.

Weiter wurde die Linksfraktion über die ehrgeizigen Pläne der Senatsverwaltung für Finanzen zur Umstrukturierung der Finanzämter für Körperschaften informiert. Auch wenn diese Umstrukturierung weitgehend der parlamentarischen Kontrolle entzogen ist, erkannte Die Linke die Brisanz dieses Vorhabens für künftige Landeshaushalte. Insbesondere die fehlende Kosten-Nutzen-Analyse wurde hier durch Udo Wolf bemängelt.

Anschließend stellte der Landesvorsitzende der DSTG Detlef Dames die Umfrageergebnisse des Personalrats des FA Wilmersdorf zur Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen vor. Die teilweise schockierenden Aussagen der Befragten stimmten auch Udo Wolf nachdenklich. Nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass die Aussagen zur zunehmenden gesundheitlichen Beeinträchtigung durch Überbelastung als repräsentativ für die Berliner Finanzämter angesehen werden können.



v.l.n.r.: E. Yüksel, A. Drenske, U. Wolf, D. Dames, O. Lorentschk, Dr. M. Schmidt, R. Herrmann, S. Ahlers

Zu guter letzt war ausgiebig die sich in absehbarer Zeit katastrophal entwickelnde Personalsituation in der Berliner Finanzverwaltung. Neben dem sogenannten demografischen Wandel erläuterten die DSTG-Vertreter der Linksfraktion die vielfältigen Hindernisse, die in den nächsten Jahren ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen wenigstens 1:1 zu ersetzen, zum Beispiel:

- Fehlende Karriereperspektiven für junge Menschen (z. B. durchschnittliche Verweildauer in A 6)
- Eklatanter Besoldungsrückstand gegenüber Bund und anderen Bundesländern ohne Aussicht auf Besserung (Abgesehen von Lippenbekenntnissen)
- Unattraktive Ausbildungssituation in Königs Wusterhausen, insbesondere für Anwärter aus Berlin (kein Trennungsgeld, kein Mietzuschuss für Internatsbewohner, wie für Anwärter aus Brandenburg üblich)

Udo Wolf nahm diese Hinweise interessiert auf und sagte zu, die Anliegen im Rahmen seiner Oppositionsarbeit zu berücksichtigen sowie den Kontakt zur DSTG aufrecht zu erhalten.

Die DSTG wurde neben Detlef Dames durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Rolf Herrmann, den stellvertretenden Landesjugendvorsitzenden Erkan Yüksel, die stellvertretende Vorsitzende der Landesfrauenvertretung Susanne Ahlers sowie André Drenske und Oliver Lorentschk als Sachverständige zur Umstrukturierung der Finanzämter für Körperschaften vertreten.

Für die Linksfraktion war neben Udo Wolf die Abgeordnete Dr. Manuela Schmidt (Sprecherin für Finanzen und Haushalt) an dem Gespräch beteiligt.

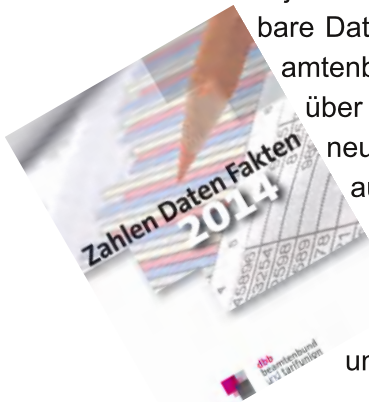
NACHBESSERUNG DER BESOLDUNG JETZT!

"Nach dem Tarifabschluss für den Bundes- und Kommunalbereich muss auch bei den Beamtinnen und Beamten in Berlin in der Besoldung nachgebessert werden. Nachdem der Bundesinnenminister angekündigt hat, dass das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen werden soll, wird der Rückstand in Berlin zum Bundesdurchschnitt noch größer. Dies ist nicht hinzunehmen. Der dbb berlin erwartet daher die unverzügliche Verabschiedung eines Besoldungsanpassungsgesetzes, das seinen Namen auch zu Recht verdient.", kommentiert der Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin, Frank Becker, den Tarifabschluss.

EMPFEHLUNG: "ZAHLEN DATEN FAKTEN"

Wer sich objektiv mit dem öffentlichen Dienst in Deutschland beschäftigen will, braucht eine belastbare Datengrundlage. Die Informationsbroschüre „Zahlen Daten Fakten“, die der dbb beamtenbund und tarifunion jährlich herausgibt, erlaubt eine vorurteilsfreie Orientierung über die wichtigsten Eckdaten des öffentlichen Dienstes. Aufbauend auf den jeweils neuesten Zahlen des statistischen Bundesamtes und der statistischen Landesämter, auf Informationen der Bundesministerien und auf eigenen Berechnungen des dbb liefert „Zahlen Daten Fakten“ fundiertes Basiswissen und eignet sich als schnelles Nachschlagewerk, das bewusst auf eine Kommentierung verzichtet.

Die aktuelle Ausgabe der Broschüre für 2014 ist unter www.dbb.de zu finden und kann als pdf-Datei heruntergeladen werden.



IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
Motzstr. 32, 10777 Berlin, Tel.: 030 - 21473040, Fax: 030 - 21473041
www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: eXtremdruck, Rödenauen 18, 96465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7 500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.